

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung des Herausgebers .....	9
-----------------------------------	---

## *Regional- und Kommunalpolitik*

MANFRED HANISCH Entnazifizierung in Schleswig-Holstein und in Lauenburg. Zum Stand der Forschung und ihren Defiziten .....	15
--	----

WILLIAM BOEHART Die Stunde der Kommunalpolitik. Zur politischen Entwicklung im Kreis Herzogtum Lauenburg in den ersten Jahren nach 1945 .....	31
---	----

CHRISTIAN LOPAU Die Problematik Ratzeburgs als Stadt an der innerdeutschen Grenze in den fünfziger und sechziger Jahren .....	45
---	----

MATTHIAS MANKE Die Stadt Stettin und der pommersche Kreis Randow in den ersten Nachkriegsmonaten (Mai bis Oktober 1945) .....	63
---	----

KLAUS SCHWABE Politische Orientierung und Parteienbildung in Mecklenburg (Vorpommern) 1945-1952 .....	95
---	----

## *Landwirtschaft*

ECKARDT OPITZ Die Bodenreform in der britischen Besatzungszone unter besonderer Berücksichtigung Schleswig-Holsteins .....	111
--	-----

DETLEV BRUNNER Die Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern .....	127
---	-----

## *Industrie*

MARTIN KLEINFELD Die wirtschaftliche Entwicklung im Kreis Herzogtum Lauenburg nach 1945	147
--	-----

*Die deutsch-deutsche Grenze*

CARSTEN WALCZOK „Die totale Grenze“ – Das Problem der Grenzsicherung .....	161
---	-----

DIETER SCHMIDT Der Fall Michael Gartenschläger .....	175
---	-----

*Militär*

JÖRG HILLMANN Garnisonsgründungen im Kreis Herzogtum Lauenburg .....	193
---	-----

Abbildungsverzeichnis .....	235
-----------------------------	-----

Autorenverzeichnis .....	237
--------------------------	-----

# Einleitung des Herausgebers

Die lauenburgische Geschichte gelangte nach vielerlei Turbulenzen in den Jahren nach 1876, als die Inkorporation in den preußischen Staat abgeschlossen und aus dem einstigen Herzogtum ein Kreis der Provinz Schleswig-Holstein geworden war, in ein ruhiges Fahrwasser. Aus dem ehemaligen Subjekt war ein Objekt der Geschichte geworden. Als (Land-)Kreis nahm Lauenburg zwar an den Entwicklungen des 20. Jahrhunderts teil, spielte dabei aber kaum eine bemerkenswerte Rolle. Erst 1945 und in den Jahren danach geriet der Kreis Herzogtum Lauenburg noch einmal in das Licht öffentlichen Interesses. Anlass dafür waren nicht Impulse von innen, sondern Ereignisse, die von außen kamen: Das Ende des „Dritten Reiches“ und seine Folgen bewirkten, dass dem zum „Zonenrandgebiet“ gewordenen Kreis eine Rolle zufiel, der weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus Aufmerksamkeit zuteil wurde.

Dass Lauenburg der Kreis war, der gemessen an der Zahl seiner Einwohner vor 1944 die größte Zahl von Ausgebombten, Flüchtlingen und Vertriebenen aufzunehmen hatte, war geographisch begründet, aber auch politisch verantwortet: Das Gebiet war dünn besiedelt und – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – von Kriegsschäden verschont geblieben. Wie der Kreis mit dieser Hypothek fertig wurde und mit welchen Problemen die Verantwortlichen umzugehen hatten, sollte anlässlich des XV. Kolloquiums der Lauenburgischen Akademie für Wissenschaft und Kultur, das am 19. und 20. April 2002 in Mölln stattgefunden hat, debattiert werden. Da die für die Region hervorzuhebenden Spezifika am ehesten durch Vergleiche sichtbar werden, wurde auch in diesem Fall von dem bewährten Prinzip Gebrauch gemacht, die lauenburgische Geschichte im Kontext der Nachbarregionen zu begreifen.

Der Ertrag der Tagung hat seinen Niederschlag in dem hiermit vorgelegten Band gefunden, der fünf Aspekte der Nachkriegsgeschichte besonders herausstellt. Da sich an der Rolle Lauenburgs als Kreis in Schleswig-Holstein nach 1945 nichts geändert hat, muss die Regional- und Kommunalpolitik im Vordergrund stehen. Fünf Beiträge, drei betreffen Probleme des Kreises, zwei bieten Kontrastmaterial aus Mecklenburg und Vorpommern, konzentrieren sich auf Fragen der Region. Manfred Hanisch untersucht, wie sich die Entnazifizierung in Schleswig-Holstein und speziell im Kreis Herzogtum Lauenburg vollzogen hat. Dass er dabei zu dem Ergebnis kommt, dass es erhebliche Defizite in der Forschung gibt, dürfte für die Kenner der Landesgeschichte nicht verwunderlich sein. Dass aber kaum Anstrengungen unternommen werden, um die Lücken in der Forschung zu schließen, gibt zu Bedenken Anlass.

Die besondere Lage des Kreises nach 1945 zwang die Politiker auf der Ebene der Kommunen zu besonderen Anstrengungen, um aus den vielfältigen Nöten herauszukommen. Mit diesen Anfängen hat sich William Boehart befasst und die Ergebnisse seiner Studien an verschiedenen Stellen veröffentlicht. Hier legte er eine Zusammenfassung seiner Arbeiten vor.

Die vielfach exponierte Kreisstadt Ratzeburg steht im Mittelpunkt des Aufsatzes von Christian Lopau. Er zeigt die demographische, wirtschaftliche und soziokulturelle Entwicklung der Stadt an der innerdeutschen Grenze auf und berücksichtigt dabei alle Facetten, die während der Jahrzehnte von 1945 bis ca. 1990 eine Rolle gespielt haben.

Die Menschen im Kreisgebiet Lauenburg hatten nach 1945 viel Leid zu ertragen und mancherlei Opfer zu bringen. Verglichen mit dem, was die Bewohner Stettins und des Kreis Randow während der Monate nach dem Ende des „Dritten Reiches“ auszuhalten hatten, waren die Verhältnisse im Lauenburgischen fast „normal“. Matthias Mainke hat die Situation im heutigen nordöstlichen Grenzgebiet zwischen Deutschland und Polen während der Monate nach dem 8. Mai 1945 untersucht und berichtet von Ereignissen, über die jahrzehntelang geschwiegen werden musste. Die Zeit unmittelbar nach dem Ende der NS-Herrschaft in Deutschland war von mancherlei Unsicherheit in politischer Hinsicht gekennzeichnet. Die Aktivitäten zur Wiederbelebung des politischen Lebens in der Sowjetischen Besatzungszone begannen früher als in den westlichen Besatzungsgebieten. Klaus Schwabe hat sich mit der Bildung von Parteien in Mecklenburg und Vorpommern nach 1945 befasst und legt in seinem Beitrag die Ergebnisse seiner Forschungen vor.

Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Aktivitäten nach dem Zweiten Weltkrieg standen Fragen der Landwirtschaft; denn sie hatte Priorität, wenn es darum ging, der Bevölkerung die Mittel zu geben, die sie brauchten, um überleben zu können. Eng damit verbunden war die Frage, wie man den Menschen, die vor der Vertreibung aus den Ostgebieten Landwirte waren, wieder die Möglichkeit eröffnen könnte, als Bauern zu arbeiten. Die Maßnahmen der Bodenreform verfolgten im Westen andere Ziele als im Osten. Deshalb waren auch die Wege, die in Ost und West gegangen wurden, sehr unterschiedlich. In zwei Beiträgen sollen diese Unterschiede deutlich gemacht werden.

Der Kreis Herzogtum Lauenburg war nie eine Region, in der die Industrie eine besondere Rolle gespielt hat (sieht man von Geesthacht ab, das aber erst im Rahmen des Groß-Hamburg-Gesetzes von 1937 zum Kreis gekommen ist). Nach 1945 mussten sich viele Betriebe, die in Hamburg ausgebombt waren, neu orientieren. Die Mangelwirtschaft der Jahre nach 1945 brachte darüber hinaus mancherlei Wirtschaftszweige hervor, die auf dem Lande im Osten Hamburgs kurzfristig aktiv werden konnten, aber nach den Jahren des „Wirtschaftswunders“ nicht mehr existenzfähig waren. Martin Kleinfeld zeichnet diese Entwicklung auf anschauliche Weise nach.

Die Grenze zwischen der britischen und der sowjetischen Besatzungszone betraf im Norden besonders den Kreis Herzogtum Lauenburg. Was zunächst Zonengrenze und lange Jahre noch als „grüne Grenze“ passierbar – wenn auch mit Gefahren verbunden – war, wurde zur „innerdeutschen“ und schließlich zur „Staatsgrenze“. Das DDR-Regime unternahm enorme Anstrengungen diese Grenze unpassierbar zu machen. Carsten Walczok, der als ehemaliger BGS-

Beamter Erfahrungen an dieser Grenze sammeln konnte, berichtet über die „totale Grenze“. Dieter Schmidt, lange Jahre als Zollbeamter an der Grenze tätig, hat sich intensiv mit dem Ausbau der Grenzsicherungen seitens der DDR beschäftigt und dazu wichtiges Filmmaterial zusammengestellt. Das Schicksal Michael Gartenschlägers, der als Regimegegner nach zehnjähriger Haft von der Bundesrepublik freigekauft worden war und sich später durch die Demontage von Selbstschussanlagen an den Grenzzäunen profilieren wollte und dabei am 1. Mai 1976 bei Bröthen von einem Einsatzkommando des Ministeriums für Staatssicherheit erschossen worden war, hat ihn besonders beschäftigt. Sein Bericht ist ein Stück lauenburgische Nachkriegsgeschichte der besonderen Art.



*Abbildung 1:*  
Grenzöffnung  
Bundesarchiv Koblenz

Die geographische Lage Lauenburgs hat es mit sich gebracht, dass dem Kreis im Rahmen der strategischen Überlegungen der NATO eine herausragende Bedeutung zukam. Die Brigade „Herzogtum Lauenburg“ war die – personell und materiell – stärkste Brigade der Bundeswehr. Bis es dazu kam, waren

schwierige Verhandlungen zu führen. Jörg Hillmann ist diesen nachgegangen, indem er die einschlägigen Akten des Militärarchivs in Freiburg gesichtet hat. Seine ausführliche Abhandlung verdient nicht nur die Aufmerksamkeit der interessierten Öffentlichkeit in Schwarzenbek, sondern weit darüber hinaus.

Der XV. Band der Reihe Kolloquium liefert eine Fülle von neuen Erkenntnissen zur Geschichte des Kreises Herzogtum Lauenburg und seiner Nachbarregionen in der „Nachkriegszeit“. Allen, die als Autoren zum Gelingen dieses Buches beigetragen haben, gebührt Dank und Anerkennung. Ohne die Unterstützung von Sponsoren ist die Publikation von Wissenschaftsergebnissen kaum noch möglich. Deshalb gilt der Stiftung Herzogtum Lauenburg ein besonderer Dank dafür, dass sie die Mittel bereit gestellt hat, die erforderlich waren, um dieses Buch veröffentlichen zu können.

# Entnazifizierung in Schleswig-Holstein und in Lauenburg. Zum Stand der Forschung und ihren Defiziten

von  
MANFRED HANISCH

Das Thema Entnazifizierung in Schleswig-Holstein ist nicht leicht zu bearbeiten, einmal von der Sache selbst, wie sich die Entnazifizierungspolitik allgemein mit ihren vielfältigen Wendungen darstellt, dann von der Forschungslage in Schleswig-Holstein, die sehr uneinheitlich ist, und schließlich drittens vom Zugriff auf ein immer noch politisch sensibles Thema.

Die Entnazifizierungspolitik war schon in ihren Anfängen alles andere als in sich konsistent. Unmittelbar beim Einmarsch der alliierten Truppen kam es zu Verhaftungen, so auch in Schleswig-Holstein, bei denen weniger das Belastetsein als vielmehr der Zufall, wessen die Alliierten habhaft wurden, eine große Rolle spielte. So wurden ungefähr 10.000 Nationalsozialisten in das Internierungslager Neumünster-Gadeland<sup>1</sup> gebracht. Es folgten Fragebogenaktionen und ordentliche Verfahren vor Spruchkammern und Entnazifizierungsausschüssen, in denen die Vorgeladenen in Klassen von I-V eingeteilt wurden (Kategorie I: Verbrecher/Hauptschuldige, Kategorie II: Übeltäter/Belastete, Kategorie III: Weniger bedeutende Übeltäter/Minderbelastete, Kategorie IV: Parteigänger/Mitläufer, Kategorie V: Entlastete<sup>2</sup>). Ab 1947/48 übergaben die Alliierten die Entnazifizierung der Klassen III-V an deutsche Stellen. In Schleswig-Holstein, als Teil der britischen Zone, wurden die Kategorien I und II nicht angewendet. Zum Schluss fanden eine großzügige Amnestie und die Neueinstufungen der Gruppen III und IV in die Gruppe V (die der Entlasteten) statt. In Schleswig-Holstein waren 406.500 Menschen von den Entnazifizierungsverfahren betroffen (davon Kategorie III: 2.217, Kategorie IV: 66.500, Kategorie V 206.000, Nichtbetroffene 131.600<sup>3</sup>)

Alles in allem ist die Entnazifizierungspolitik im Wesentlichen überall gescheitert. Dafür gab es mehrere Gründe: Jeder der vier Alliierten verfolgte seine eigene Politik bei der Entnazifizierung. Die Amerikaner wollten am gründlichsten und prinzipiellsten vorgehen, wohingegen die Briten weniger akribisch arbeiteten und die Franzosen die Entnazifizierung als nicht vordringlich ansahen. Die Russen hingegen instrumentalisierten die Entnazifizierung zur Umgestaltung der Gesellschaft nach ihren Vorstellungen. Das Ergebnis war sehr schnell ein Verordnungswirrwarr in den einzelnen Besatzungszonen. Zudem wurde ein einheitliches Vorgehen innerhalb einer Besatzungszone durch unklare Kompetenzen der mit der Entnazifizierung befassten Organe und durch viel-

fältige Überschneidungen erschwert. Diese Überschneidungen gab es sowohl unter den Alliierten, bei den deutschen „Institutionen“, die mit der Entnazifizierung befasst waren, und zwischen alliierten und deutschen Organen. Überdies wurden die Entnazifizierungsverfahren auf große Bevölkerungskreise mit der Folge ausgedehnt, dass viele „weniger Belastete“ betroffen waren. Dies führte zu einem zu großem Unmut und mangelnder Akzeptanz der Verfahren in der breiten deutschen Öffentlichkeit,<sup>4</sup> und zum anderen zu immer größerer Impraktikabilität der Verfahren, die dem Grundsatz der Einzelfallgerechtigkeit verpflichtet waren. Es gab zu viele Einzelfälle, um sie in einem angemessenen zeitlichen Rahmen durchzuführen. Außerdem stellte sich immer mehr das grundsätzliche Problem: Kann man Schuldige mit den Mitteln der Justiz zur Rechenschaft ziehen, wenn der Kreis der schuldig Gewordenen einen beträchtlichen Prozentsatz einer Bevölkerung ausmacht? Im Extrem: Kann ein ganzes Viertel einer Bevölkerung überhaupt bestraft werden? – So viel zumindest waren nach Ausführungen des OMGUS-Reports von einer möglichen Bestrafung betroffen („subject to punishment“<sup>5</sup>). Wie groß das Ausmaß der schuldig Betroffenen ist, wissen wir verlässlich nicht. Indes: das Ausmaß der faktisch schon in den ersten Nachkriegsjahren von der Entnazifizierung Betroffenen berührte sehr schnell die Funktionsfähigkeit nicht nur staatlicher Behörden, sondern auch der Wirtschaft. Fachkräfte fehlten ohnehin, und als noch viele wegen der Entnazifizierung ausfielen, erschwerte dies erheblich den Wiederaufbau.

Das war ein wichtiges Argument gegen die Fortführung der Entnazifizierung oder eine geschickte Schutzbehauptung. Auch über den Stellenwert dieser Aussage gibt es bis heute keinen Konsens.

Nicht nur wegen dieser Probleme verloren die Westalliierten bald das Interesse an der Entnazifizierung. Der Kalte Krieg setzte schnell andere Prioritäten, so dass „die Deutschen“ wieder benötigt wurden. Auch bei den deutschen Verfolgungsbehörden erlahmte das Interesse, sowohl aus nahe liegenden Gründen des „Betroffenseins“ als auch aus Gründen des „inneren Friedens“. Es bestanden überall in Deutschland erhebliche parteipolitische Differenzen in Hinblick auf die Fortführung der Entnazifizierung zwischen der CDU, dem BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) und der FDP auf der einen Seite sowie der SPD und der KPD auf der anderen. So spielte beispielsweise die Frage der Entnazifizierung im Wahlkampf zur Landtagswahl 1950 in Schleswig-Holstein eine große Rolle. In der deutschen Gesellschaft gab es ebenfalls keinen Konsens, aufgrund dessen man die Entnazifizierung hätte erfolgreich betreiben können. Selbst die beiden Kirchen mussten sich mit dem Problem der eigenen Schuld auseinandersetzen. Immerhin hatten innerhalb der evangelischen Kirche die „Deutschen Christen“ das NS-Regime sehr aktiv mitgetragen. Die heute viel bekanntere „Bekennende Kirche“ war in der Minderheit.

Nachdem die Bundesrepublik gegründet worden war, stellte sich wegen der uneinheitlichen alliierten Politik ein ganz anderes Problem in aller Schärfe, nämlich das Problem der Gleichbehandlung aller Betroffenen in allen Zonen. Viele Verantwortliche wurden von den Alliierten nicht erfasst oder waren be-



# Die Stunde der Kommunalpolitik. Zur politischen Entwicklung im Kreis Herzogtum Lauenburg in den ersten Jahren nach 1945

von  
WILLIAM BOEHART

## Einführung

Die Lage in Börnsen war ernst. Die Bevölkerungszahl hatte sich durch den Zuzug von Ausgebombten, Flüchtlingen und Vertriebenen bei Kriegsende 1945 auf etwa 2.000 Menschen verdoppelt.<sup>1</sup> Wohnraum, Nahrungsmittel und Brennstoff waren knapp. Der in der älteren heimatlichen Geschichtsschreibung verwendete Begriff „Notzeit“ bezeichnet zutreffend die Lage in Börnsen – wie in ganz Deutschland, ja in ganz Europa.<sup>2</sup> Der Krieg hatte eine unfreiwillige „Völkerwanderung“ auf dem Kontinent verursacht. Schätzungsweise bewegten sich über 30 Millionen Menschen auf den Straßen Mitteleuropas im Sommer 1945. Mehr als 1.000 Städte in Europa und etwa 24 Millionen Wohnhäuser waren im Krieg zerstört, an die 150 Millionen Menschen waren dadurch obdachlos.<sup>3</sup> Jeder verfügbare überdachte Raum wurde zur Wohnung umfunktioniert. Im September 1945 hatten im Bezirk Geesthacht allein 3.800 Personen keine winterfeste Unterkunft. Rund 12.000 Menschen im gesamten Kreis fehlte ein beheizbarer Wohnraum.<sup>4</sup> Im Oktober 1945 lebten im Kreisgebiet 131.830 Menschen, davon waren 72.510 „Lauenburger“ und 59.320 Ausgebombte, Flüchtlinge und Vertriebene.

In Börnsen befand sich am Kriegsende entlang der Reichsstraße 5 (heute: B 5) ein Barackenlager, das nach 1943 für Arbeiter der Sprengstofffabriken in Geesthacht errichtet worden war. Es waren 15 Stein-Baracken, die etwa 720 Personen unterbringen sollten. Nach Kriegsende bestimmte die britische Militärregierung das Lager für die Unterbringung von „Displaced Persons“, zunächst für über 800 Polen, danach Serben. Die Gemeinde, die den ständigen Zuzug von Flüchtlingen zu verkraften hatte, warf ‚sehnsüchtige‘ Blicke auf das Lager. Im November 1947 sollte das Lager geräumt werden. Gemeindedirektor – und späterer Bürgermeister – Rudolf Donath beschrieb die „Wohnraumbeschaffung“ in seinen Erinnerungen:

*„... Nach langem Hin und Her brachte man mich in das Lager, und dann geschah es: Ein Trupp Letten war dabei, alles was wertvoll war, abzureißen: Lichtleitungen, Schalter, Fensterscheiben, Eisenöfen und dgl. Diese Gemeinheit erboste mich derart, dass ich einen Letten, den ich aufgefordert hatte, diese Räuberei zu unter-*

lassen, der jedoch meiner Aufforderung nicht nachkam, kurzerhand niederschlug. Das war ein schwerer Fehler von mir, denn die Reaktion der englischen Wachmannschaft ließ nicht auf sich warten. Schließlich wurde ich von Leuten mit Maschinenpistolen ins Gemeindehaus getrieben. ... Eine Wachmannschaft aus dem Flüchtlingslager ‚Grüner Jäger Geesthacht‘ sollte den Einzug von Flüchtlingen aus Börnsen in die Baracken verhindern. Das Lager Börnsen, hieß es, sollte mit Vertriebenen aus den Lagern Geesthacht, Büchen und Möhnsen belegt werden. Die Vertriebenen in Börnsen hatten jedoch kein Verständnis dafür und drängten mich, sie einzuweisen. So verabredeten wir eine Nacht, in der die Wohnungsnot wenigstens etwas gelindert werden sollte. Der Baumeister, der mit seiner Wachmannschaft in einer Bracke untergebracht war, saß mit seiner Crew in der Bahnhofsgaststätte beim Abendbrot. Ich gesellte mich zu ihnen. Von irgendwoher kam eine Flasche Rum. Gegen 22 Uhr war keiner der Wachleute mehr dienstfähig, auch nicht der Baumeister. Die einzuweisenden Familien warteten im Wald. Jede der Familien bekam den Raum, den wir insgeheim ausgemacht hatten. Es durfte kein Licht angezündet werden, die Kinder durften nicht schreien. In dieser Nacht erhielten 23 Familien die erste Bleibe in den Heimstätten.“<sup>5</sup>

Diese kleine Episode gibt einen Einblick in die zuweilen recht chaotischen Zustände nach dem Krieg. Sie zeigt aber auch, dass durch Zupacken und Improvisationsgeist Politik in den Gemeinden gemacht werden konnte. Kurzum: Es war die Stunde der Kommunalpolitik. Weder das 1946 entstandene Land Schleswig-Holstein noch die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland verfügten über das Mittel, in nennenswerter Weise in das kommunale Leben einzugreifen. Es fehlte weitgehend an gesetzlichen Rahmenbedingungen, von Finanzmitteln ganz zu schweigen. Dieser Zustand vergrößerte den Handlungsspielraum der Gemeinden. Es „regierte“ zwar die britische Militärregierung, diese beschränkte sich jedoch nach den ersten Monaten weitgehend auf eine Kontrollfunktion, die im Laufe der Jahre immer lockerer wurde. Die Briten hatten weder das Material, die *man-power* noch die politische Vorstellung, alles zu tun und zu regeln. Sie suchten zuverlässige Vertreter in den Gemeinden, die angesichts der allgemeinen Notlage handeln konnten und dies auch wollten. Die oben beschriebene Episode in Börnsen ist symptomatisch für zahlreiche große und kleine politische Handlungen in den Gemeinden in den ersten beiden Jahren nach dem Ende des Krieges. Noch heute wird an die Bürgermeister „der ersten Stunde“ – wie Richard Reuter in Lauenburg, Carl Bung in Geesthacht und Heinrich Timm in Schwarzenbek – als besonders kompetente Führungspersönlichkeiten erinnert. Diese Männer bewältigten zusammen mit den Stadt- und Gemeindevertretungen die „Notzeit“ in ihren Kommunen.

### **Erste Maßnahmen der Militärregierung**

Nach der Kapitulation im Mai 1945 baute die britische Besatzung ein dreistufiges Befehls- und Verwaltungssystem im Kreisgebiet auf. Auf der untersten Ebene wurden nach der Absetzung des nationalsozialistischen Amtsinhabers neue

# Die Problematik Ratzeburgs als Stadt an der innerdeutschen Grenze in den fünfziger und sechziger Jahren

von  
CHRISTIAN LOPAU

## 1945 – Ratzeburg wird zur Stadt an der Zonengrenze

Mit der Besetzung durch alliierte Truppen Anfang Mai 1945 wurde Ratzeburg vorübergehend zur geteilten Stadt. Der westliche Stadtteil St. Georgsberg und die Stadtinsel waren von den Briten besetzt worden, in die östliche Vorstadt rückten amerikanische Truppen ein. Auf dem Königsdamm, der die Insel mit dem östlichen Seeufer verbindet, wurde eine Sperre eingerichtet, die bis Anfang Juni 1945 beide Teile der Stadt trennte und für die Bevölkerung vielerlei Beschwerden mit sich brachte.

Am 1. Juli 1945 rückte die Rote Armee in die im Osten an Ratzeburg grenzenden mecklenburgischen Gemeinden Ziethen, Bäk und Mechow ein. Die auf der Konferenz von Jalta zwischen den Alliierten getroffene Regelung, dass die bestehenden Verwaltungsgrenzen zugleich die Demarkationslinien zwischen den Besatzungszonen bilden sollten, wurde östlich von Ratzeburg im Herbst 1945 durch das Barber-Lyaschenko-Abkommen insofern geändert, als aus militärischen Gründen ein Gebietsaustausch zwischen ehemals lauenburgischen und mecklenburgischen Gemeinden vorgenommen wurde.<sup>1</sup>

Auch wenn die Grenze zur sowjetischen Besatzungszone durch diese Maßnahme ein paar Kilometer nach Osten rückte, prägte die Grenz- und Randlage die Entwicklung Ratzeburgs in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in besonderer Weise. Die Stadt Ratzeburg wurde durch die permanent weiter ausgebaut und damit undurchlässiger werdende Grenze von ihren Verbindungen nach Osten abgeschnitten und verlor ihr „natürliches Hinterland“.

Die Lage an der innerdeutschen Grenze, die ihre Auswirkungen auf die Entwicklung des gesamten Kreises Herzogtum Lauenburg hatte, machte sich in der Kreisstadt Ratzeburg in besonderem Maß bemerkbar.

In der folgenden Betrachtung Ratzeburgs als Stadt an der innerdeutschen Grenze sollen zunächst die Ausgangslage und die besonderen Probleme, die sich aus der Teilung Deutschlands für die Stadt ergaben, anhand der vorliegenden demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Daten knapp umrissen werden.

Daraus ergibt sich die Frage, wie die Entscheidungsträger in der Stadt mit der schwierigen Situation umgegangen sind. Wie wurde versucht, die Nachteile, die aus der Lage erwachsen sind, zu kompensieren?

Welche Entwicklungsziele wurden gesteckt?

In welchen Bereichen wurden Schwerpunkte gesetzt?

Zunächst sollen dabei die Entwicklungsschwerpunkte der fünfziger Jahre einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Neben dem Wohnungsbau und dem Tourismus ist hier besonders die Einrichtung eines Bundesgrenzschutz-Standortes zu nennen.

Seit Anfang der sechziger Jahre sind intensive Bemühungen auszumachen, ein neues Leitbild für die Stadt zu beschreiben und die Modernisierung und wirtschaftliche Entwicklung Ratzeburgs voranzutreiben.

### **Zur demographischen, wirtschaftlichen und soziostrukturellen Entwicklung Ratzeburgs nach 1945**

Manche Darstellungen der besonderen Nachkriegsprobleme Ratzeburgs in einigen überregionalen Zeitungen der sechziger Jahre lassen den Leser vermuten, die Stadt sei allein in Folge der Teilung Deutschlands in eine schwierige Randlage geraten. Aber die Stadt rückte nicht erst durch die Grenzziehung des Jahres 1945 an die Peripherie. Eine dezentrale Lage abseits der Hauptverkehrswege durch das Herzogtum Lauenburg war durchgängig kennzeichnend für die Geschichte der Stadt.

Sicher waren durch die Grenzziehung Ratzeburg und ihre mecklenburgischen Nachbargemeinden voneinander getrennt worden – welche Bedeutung hingegen das nach 1945 nicht mehr erreichbare, östliche Umland vor dem Zweiten Weltkrieg für Ratzeburgs Handel und Gewerbe besessen hatte, darüber liegen keine Zahlen oder gar wissenschaftliche Studien vor.

Von direkten Zerstörungen durch den Krieg war Ratzeburg verschont geblieben, hatte aber durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen innerhalb weniger Monate eine Verdoppelung seiner Bevölkerungszahl erfahren. 1939 lebten rund 6.000 Einwohner in Ratzeburg, 1950 waren es rund 13.000. Durch Umsiedlungsaktionen sank diese Zahl Anfang der fünfziger Jahre auf etwa 12.000 Einwohner. Auf diesem Niveau stagnierte die Einwohnerzahl bis 1990. Sie liegt heute bei etwas über 13.000 Einwohnern.

Die vorliegenden Zahlen zeigen nicht nur eine Stagnation in der Entwicklung der Bevölkerung, sondern auch ein hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung.<sup>2</sup>

Daran hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nichts Wesentliches geändert: „Fast 32% der Einwohner sind älter als 60 Jahre. Ihr Anteil ist derzeit immer noch steigend. Mit der Überalterung ist die hohe Zahl der Einpersonenhaushal-

# Die Stadt Stettin und der pommersche Kreis Randow in den ersten Nachkriegsmonaten (Mai bis Oktober 1945)

von  
MATTHIAS MANKE

## 1 Einleitung: Der Kreis Randow und die Stadt Stettin

### 1.1 Verwaltungsgeschichtlicher Überblick

Der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gebildete Kreis Randow war, im Gegensatz zu anderen Landkreisen der preußischen Vorkriegsprovins Pommern bzw. des neuen Landes Mecklenburg(-Vorpommern), eine Neugründung ohne historisches Vorbild. Der seit 1857 bestehende Vorkriegskreis Randow, der bei der Bildung „Groß-Stettins“ am 15. Oktober 1939 auf die Stadt Stettin (zwei Städte, 30 Landgemeinden, zwei Gemeindeteile und zwei Gutsbezirke mit 95.565 Einwohnern) bzw. die Landkreise Ueckermünde (32 Gemeinden und zwei Gutsbezirke mit 18.653 Einwohnern), Greifenhagen (39 Gemeinden mit 22.804 Einwohnern) und Naugard (zehn Gemeinden mit 2.039 Einwohnern) aufgeteilt wurde,<sup>1</sup> erstreckte sich von der Provinzialgrenze zu Brandenburg im Westen bis an bzw. über die Oder und die Stadt Stettin im Osten. Der de facto Mitte Juni<sup>2</sup> und de jure am 1. Juli 1945 konstituierte Nachkriegskreis<sup>3</sup> grenzte im Westen, durch den Verlauf der Flüsse Randow und Welse markiert, unverändert an Brandenburg, im Osten aber – wie noch näher auszuführen sein wird – seit dem 2. Juli bzw. dem 5. Oktober 1945 an die Republik Polen.

Besondere Probleme bei der Verwaltung dieses „*schwierigsten*“ aller Kreise des Landes Mecklenburg(-Vorpommern) ergaben sich aus seiner Lage und Entfernung von der Landesverwaltung.<sup>4</sup> Erschwerend kam die durch äußere Zwänge verursachte Notwendigkeit hinzu, binnen fünf Nachkriegsmonaten den Verwaltungssitz vier Mal zu wechseln: Stettin (Kriegsende bis 30. Juni 1945), Hohenholz bei Penkun (1. Juli bis 5. August), Pölitz (6. August bis 4. Oktober) und Löcknitz (ab 5. Oktober).<sup>5</sup> Relativ frühzeitig wurde deshalb der Posten des Landrats, den nach Kriegsende zunächst der Sozialdemokrat Erich Spiegel eingenommen hatte, mit dem Nachkriegsbürgermeister von Pölitz, Willi Geiss, neu besetzt und auch ein Teil der leitenden Mitarbeiter ausgetauscht. Erich Spiegel wurde zwar bescheinigt, „*sich wohl alle Mühe*“ zu geben, aber der „*grossen Aufgabe*“ nicht gewachsen zu sein – Willi Geiss, der als „*nach allen Urteilen fähigste[r] Genosse*“ auch das Vertrauen des sowjetischen Kreiskommandanten hatte, sollte deshalb ab Mitte August 1945 die Doppelfunktion wahrnehmen und sukzessive durch „*einen fähigen Genossen aus Stettin*“ von den Aufgaben des Bürgermeisters

entbunden werden.<sup>6</sup> Der 1911 in Mainz geborene, nach KPD-Informationen aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heraus zur Parteischule und dann als Frontpropagandist mit der Roten Armee nach Stettin bzw. schließlich Pölitz gelangte Willi Geiss<sup>7</sup> übernahm das Landratsamt am 15. August 1945,<sup>8</sup> während Erich Spiegel als Leiter des Flüchtlingswesens im Nordosten des Landes eingesetzt wurde.<sup>9</sup>

Die anstehenden „großen Aufgaben“ ergaben sich nicht zuletzt aus der Fixierung der neuen polnischen Westgrenze. In deren Folge schrumpfte der Gemeindebestand des Nachkriegskreises von 133 auf 60,<sup>10</sup> d.h. 55% der Gemeinden ging verloren. Damit waren die Intentionen zur Kreisbildung, nämlich „für die Stadt Stettin eine Ernährungsbasis zu schaffen“<sup>11</sup> bzw. die 1939 zum Altkreis Greifenhagen zugeschlagenen und westlich der Oder belegenen Gemeinden des Altkreises Randow in die Verwaltungsstruktur der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) einzubeziehen, obsolet geworden. Insofern nimmt es wenig Wunder, dass einzig der Nachkriegskreis Randow 1950 der ersten umfassenden Änderung der Kreisgrenzen im Land Mecklenburg vollständig zum Opfer fiel und auf den Kreis Ueckermünde/Pasewalk (14 Gemeinden) sowie die im benachbarten Land Brandenburg belegenen Kreise Prenzlau (13 Gemeinden) und Angermünde (25 Gemeinden) aufgeteilt wurde.<sup>12</sup>

Auf den ersten Blick bedeutete die Einbuße an Gemeinden bzw. Territorium, die der Nachkriegskreis Randow 1945 erfuhr, einen Verlust von etwa der Hälfte des alten Kreisgebietes. Bei genauerer Analyse bedeutete diese Einbuße jedoch den Verlust aller historisch gewachsenen und auf Stettin ausgerichteten Wirtschafts-, Verkehrs-, Verwaltungs- und Infrastrukturen. Dieser Verlust traf nicht allein den Kreis Randow, durch den beispielsweise die am besten ausgelastete pommersche Bahnstrecke Stettin – Berlin führte, sondern ganz Vorpommern: Stettin lag im geographischen Schnittpunkt des 1815 als preußische Provinz wiedervereinigten Pommern, Stettin hatte sich im Lauf des 19. Jahrhunderts zum Verkehrsmittelpunkt Pommerns entwickelt, Stettin stellte das Wirtschafts- und Industriezentrum des agrarisch geprägten Pommern dar und Stettin war seit der Auflösung des nördlich der Peene gelegenen Regierungsbezirkes Stralsund im Jahre 1932 Verwaltungszentrum für ganz Vorpommern.<sup>13</sup> Stettin war ebenso „Herzstück“ wie die Oder „Lebensader“ bzw. „Schicksalsfluss“ Pommerns.<sup>14</sup> Das Ausmaß des Verlustes verdeutlicht sich beispielsweise in der im August 1945 getätigten Feststellung eines medizinischen Notstandes im Kreis Randow, den der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern maßgeblich auf ein fehlendes Kreiskrankenhaus zurückführte: „Früher war dieses in Stettin.“<sup>15</sup>

Deutlich wird, dass eine Betrachtung der Nachkriegssituation im Kreis Randow gerade bei einer Beschränkung auf die ersten Monate nach Kriegsende ohne Einbeziehung der Stadt Stettin im Grunde nicht erfolgen kann bzw. unhistorisch wäre. Und da, wie bereits angedeutet, die deutsch-polnische Nachkriegsgrenze seit Oktober 1945 das gerade erst konstituierte Kreisgebiet teilte und

# Politische Orientierung und Parteienbildung in Mecklenburg (Vorpommern) 1945-1952

von  
KLAUS SCHWABE

## Der Anspruch der Kommunisten auf ihre Vorherrschaft

Entscheidend für die politische Orientierung in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) war der von den Alliierten vereinbarte Grundsatz, dass die Verbündeten in ihrem Verantwortungsgebiet für die Umsetzung der gemeinsamen Beschlüsse zuständig waren. Die Sowjets hatten eine andere Auffassung von einem wirtschaftlichen und politischen Neuanfang als die Amerikaner. Das zeigte sich in der praktischen Verwirklichung oder Nichtverwirklichung beispielsweise des Potsdamer Abkommens. Bestrafung der nationalsozialistischen Kriegsverbrecher, Entnazifizierung und die Verwirklichung von Reformen in Politik, Wirtschaft, Bildung, Ideologie und Kultur waren an die jeweiligen spezifischen Wertvorstellungen gebunden, die zwischen Stalin und den Repräsentanten westlicher Demokratien nicht unterschiedlicher sein konnten.

Es stellt sich die Frage, wie die Kommunisten in Mecklenburg, begünstigt durch die Besatzungsmacht, ihren Herrschaftsanspruch durchsetzten, politische Gegner ausschalteten und so die Rolle als Erfüllungsgehilfe der Sowjets übernahmen.

Die Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses begünstigte, dass alle am Widerstand gegen Hitler beteiligten Kräfte sich in Fortsetzung der Einheitsfront-Politik zu einer breiten Aktionseinheit zusammenfanden. Dabei sollte die Kommunistische Partei zu einer Volkspartei werden, die sich als Führungspartei im „Bündnis der kämpferischen Demokratie“ entwickeln sollte. Die KPD schätzte ihr Ansehen bei der deutschen Bevölkerung realistisch ein, indem sie die SPD als ernsthaftesten Konkurrenten beim Anspruch um die Führung erfasste. In der Tat war sozialdemokratisches Gedankengut tief in der Bevölkerung vorhanden. *„Die sozialdemokratischen Parteien werden so lange existieren, wie der Kapitalismus im Lande besteht: ob uns das angenehm ist oder nicht, es ist so. Aber ob sie eine große Massenpartei wird – das ist die Kernfrage. Das können wir verhindern.“*<sup>1</sup>

Derartige strategische Überlegungen der KPD-Führung waren zweifellos mit der KPdSU abgestimmt. Die praktische Umsetzung dieser Politik erwies sich jedoch als weitaus schwieriger, denn die Interessenlage der Sowjetunion reichte über die Zielsetzung einer Sowjetisierung des besetzten Teils Deutschlands

hinaus. Außerdem war zu befürchten, dass sich die westlichen Verbündeten nur schwer mit einer solchen Transformation abfinden würden, zumal sie selbst für eine demokratische Umwandlung der Verhältnisse in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands keine tief greifenden Einschnitte in die gesellschaftlichen Strukturen, insbesondere der wirtschaftlichen, vornehmen wollten. Nicht zuletzt rechneten KPD und Besatzungsmacht mit dem Widerstand aus der deutschen Bevölkerung bei einer zu offensichtlichen sozialistischen Orientierung in der SBZ.

Für die Sozialdemokraten bedeutete das zunächst jedoch nicht, sich deren Interessen bedingungslos unterzuordnen. Nur ein Weg, der den spezifischen Bedingungen und historischen Erfahrungen der Deutschen gerecht würde, hatte eine Chance, das Chaos zu überwinden, um zu Demokratie und Freiheit zurückzufinden. Dazu gehörte in erster Linie das Eingeständnis eigener Schuld mit der Verpflichtung zur Wiedergutmachung, aber mit dem Recht, als Volk und souveräner Staat weiterbestehen zu können. Keineswegs dachten die Sozialdemokraten daran, ihre demokratische Grundhaltung aufzugeben oder ihre Weltanschauung auf dem „Altar“ einer ungewissen Einheit mit den Kommunisten zu opfern. Dennoch zwangen die Umstände die einen, sich zu tarnen und scheinbar auf die Forderungen von (SMA) und Kommunisten einzugehen, während ein anderer Teil in der SPD – sei es aus Überzeugung oder Anpassung – schon bald bereit war, auf die Forderungen der Kommunisten einzugehen. Der Fortgang der Entwicklung bewirkte, dass sich die Sozialdemokraten Mecklenburg-Vorpommerns in zwei Gruppen spalteten: in die der Befürworter der Einheit (geführt von Carl Moltmann, Xaver Karl und Wilhelm Höcker) und in die der Gegner (an deren Spitze Albert Schulz, Hermann Lüdemann und Willi Jesse).

Widerstand gegen eine Vereinigung mit den Kommunisten gab es auch in Mecklenburg und Vorpommern. Er artikuliert sich jedoch nicht in dem Maße, wie es in Sachsen und Thüringen oder es in den westlichen Besatzungszonen der Fall war. Die anerkannten sozialdemokratischen Politiker in Mecklenburg mussten sehr schnell erkennen, dass die Bedingungen des Kampfes für oder gegen die Einheit mit einem ‚offenen Visier‘ unter Umständen verhängnisvoll für die eigene Sicherheit sein konnte. Deshalb änderte sich die Taktik des Kampfes gegen die Vereinigung bei ihnen nach den Möglichkeiten des Kräfteverhältnisses.

Die prinzipiell unterschiedlichen Auffassungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Entwicklungsfragen der Gesellschaft, die primär ideologischer Natur waren, hätten einer Klärung bedurft, bevor die Vereinigung beider Arbeiterparteien vollzogen wurde. Das jedoch versuchten die Befürworter der Einheit zu verhindern, was ihnen aber nicht überall gelang. Noch bis zum März 1946 währte die Auseinandersetzung zwischen Teilen der Parteibasis und der Führung vor allem in den Hochburgen der Sozialdemokratie Mecklenburgs: in Rostock, Stralsund, Greifswald und Wismar. In den Ortsvereinen und Unterbezirken der SPD kam es zu heftigen Kontroversen über ein Zusammengehen mit



# Die Bodenreform in der britischen Besatzungszone unter besonderer Berücksichtigung Schleswig-Holsteins

von  
ECKARDT OPITZ

## Einleitung

Zu den wenigen Vereinbarungen, auf welche sich die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges für die künftige Gestaltung Deutschlands halbwegs verständigt hatten, gehörte eine im Rahmen eines „Demokratisierungsprogramms“ vorzunehmende Bodenreform. Sie galt auch als „*notwendiger Bestandteil einer Neuordnung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft*.“<sup>1</sup> In der sowjetischen Besatzungszone ist der Plan – aus ideologischen Gründen – sehr schnell umgesetzt worden: Bereits im Herbst 1945 erfolgte die entschädigungslose Enteignung der Besitzer von landwirtschaftlichen Betrieben, die mehr als 100 ha umfassten. Diese Maßnahme – als „Junkerland in Bauernhand“ propagandistisch hervorgehoben – ist breit dokumentiert und wissenschaftlich aufgearbeitet worden.<sup>2</sup> Die in den westlichen Besatzungszonen vorgenommenen Entscheidungen oder Aktivitäten waren weniger spektakulär, hatten auch in ideologischer Hinsicht weniger zu bieten und blieben deshalb in der zeitgeschichtlichen Forschung ein nur mit Zurückhaltung beachtetes Feld. Da die Frage der Enteignung im Prozess der Wiedervereinigung zwar eine Rolle gespielt, diese aber nur für die von der Besatzungsmacht der sowjetischen Zone vorgenommenen Enteignungen Eingang in die Entscheidungen der Gerichte gefunden haben, blieben die Bodenreformen im Westen auch nach 1990 außerhalb des Interesses der Zeitgeschichtsforschung.<sup>3</sup>

Dieser generelle Befund kann allerdings relativiert werden. Denn für die Situation in Schleswig-Holstein und speziell für den Kreis Herzogtum Lauenburg liegen durch Quellen abgesicherte Untersuchungen vor, die es erlauben, die Bodenreform als historisches Ereignis wissenschaftlich zu erfassen. Günter J. Trittel hat mit seiner 1975 veröffentlichten Dissertation „Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945-1949“ Grundlegendes ausgeführt, an dem sich speziellere Untersuchungen orientieren konnten.<sup>4</sup>

Vorher schon hatte sich die Dissertation von Kai Kelchs mit dem Verfahren und der Finanzierung der Agrarreform in Schleswig-Holstein befasst.<sup>5</sup> J. Volkert Volquardsens großer Aufsatz „Zur Agrarreform in Schleswig-Holstein nach 1945“ konnte 1978 erst postum veröffentlicht werden;<sup>6</sup> er stellt aber nach wie vor eine der grundlegenden Abhandlungen zum Thema dar. Für den Kreis

Herzogtum Lauenburg ist der Beitrag von Richard Ehrich, „Flurbereinigung und ländliche Siedlung im Kreis Herzogtum-Lauenburg“ (1990), auch dann grundlegend, wenn die Agrarreform nicht der eigentliche Gegenstand ist.<sup>7</sup> Schließlich ist noch zu verweisen auf eine Magisterarbeit der Christian-Albrechts-Universität Kiel: Frank Lubowitz, „Die parlamentarischen Auseinandersetzungen um eine Bodenreformgesetzgebung nach dem Zweiten Weltkrieg in Schleswig-Holstein“.<sup>8</sup> Es wird darauf verzichtet, die zahllosen Abhandlungen zur Agrargeschichte oder die landwirtschaftlichen Strukturanalysen, in die Hinweise auf die Agrarreform der Zeit vor 1950 in Schleswig-Holstein eingeflossen sind, einzeln zu referieren. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Forschungsstand zum Thema Agrarreform nach 1945 für Schleswig-Holstein überdurchschnittlich gut ist. Allein diese Tatsache könnte darauf hindeuten, dass eine Reform, die den Namen verdient, im Lande tatsächlich zustande gekommen wäre. Dass dies nicht der Fall ist, wird zu zeigen sein.

### **Erste Schritte zur Bodenreform in der Britischen Besatzungszone**

Die ersten Verlautbarungen zur beabsichtigten Bodenreform klangen in allen Besatzungszonen gleich; doch schon bald ergab sich, dass unter der Devise „*Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung*“ sehr unterschiedliche Maßnahmen ergriffen werden konnten. Und als sich das Ausmaß des Elends, das auch durch die mit dem Potsdamer Abkommen verbundenen „Aussiedlungen“ einherging, sichtbar wurde, bekamen die ursprünglichen Intentionen eine deutlich andere Richtung. Das Abkommen sah vor, aus den abzutrennenden Ostgebieten ca. 6,65 Millionen Menschen auszuweisen. Tatsächlich wurden aber bis zum Frühjahr 1947 fast 8 Millionen Menschen vertrieben. In die britische Zone kamen nicht – wie ursprünglich vorgesehen – 1,5, sondern 3,2 Millionen Menschen; 1949 waren es bereits mehr als 4 Millionen.<sup>9</sup>

Da diese Menschen zunächst dort untergebracht werden mussten, wo es unzerstörten Wohnraum gab, war Schleswig-Holstein ein bevorzugtes Zielgebiet: Bis 1946 erhöhte sich die Bevölkerungsdichte gegenüber der Vorkriegszeit um 62%; in Niedersachsen waren es 37%. Da die Flüchtlinge überwiegend aus Gebieten kamen, in denen die Landwirtschaft dominierte, waren von den Ende 1946 in der Bizone registrierten vertriebenen Erwerbspersonen ca. 27% (654.000) in landwirtschaftlichen Berufen tätig gewesen; in Schleswig-Holstein lag der Anteil dieser Berufsgruppe bei 29%. Von den rund 200.000 ehemals selbständigen Bauern befanden sich Ende 1946 allein 120.000 in der britischen Zone.<sup>10</sup>

Die erheblich angewachsene Bevölkerung konnte nicht aus der eigenen landwirtschaftlichen Produktion versorgt werden, nicht zuletzt deshalb, weil die erste Nachkriegsernte auf ca. 70% des Vorkriegsstandes gesunken war. Die festgelegten Abgabesolls wurden nur zu 80% erfüllt<sup>11</sup>; an Lieferungen aus anderen Zonen oder gar an Importe war nicht zu denken. Die Versorgungsmisere musste kurzfristig behoben werden; eine Bodenreform konnte dabei nicht nur nicht

# Die Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern

von  
DETLEV BRUNNER

Am 30. August 1945 fand beim Präsidium der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern eine Besprechung zum Thema Bodenreform statt. Außer dem Präsidenten und den Vizepräsidenten des Landes waren Vertreter der Parteien, der evangelischen Kirche, der Gewerkschaften und des Kulturbundes anwesend. Der Präsident des Landes, Wilhelm Höcker (SPD), betonte in seinen einleitenden Worten, die Landesverwaltung sei „durch die Verhältnisse gezwungen, dieser Frage nunmehr mit allem Ernst näherzutreten“. Die Not zwingt dazu, „den vorhandenen Boden anders zu bewirtschaften als bisher“. Er bat die Anwesenden, zum Thema Stellung zu nehmen, da die Landesverwaltung diese wichtige Frage nur in Verbindung mit dem Block der antifaschistischen, demokratischen Parteien lösen wolle.<sup>1</sup> Höckers Ausführungen suggerierten eine Position der Landesverwaltung, die diese erste von der sowjetischen Besatzungsmacht ernannte Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns mitnichten innehatte. Während Höcker den Anschein erweckte, als trete die Landesverwaltung als Initiatorin in Sachen Bodenreform auf, vollzogen sich die Abläufe nach einer Regie, die der Landesverwaltung lediglich eine nachgeordnete, ausführende Rolle zuwies.

Im Folgenden möchte ich die Entscheidungsabläufe im Zusammenhang mit der Bodenreform, die Widerstände gegen sie und die Schwierigkeiten ihrer Durchführung erörtern und schließlich auch auf die Konsequenzen, nicht zuletzt in wirtschaftlicher Hinsicht eingehen.

Die Bodenreform war in Mecklenburg-Vorpommern mit seiner vorwiegend gutsbetrieblichen Agrarstruktur von besonderer Bedeutung. Mit einem Anteil der Bodenreformfläche von 54 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 46 Prozent der Gesamtfläche des Landes nahm Mecklenburg-Vorpommern unter den Ländern und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) mit Abstand eine Spitzenposition ein. 2.199 Güter mit einer Gesamtfläche von 824.000 Hektar und 1.157 Bauernwirtschaften (38.000 Hektar) wurden enteignet. Dazu kamen 472 ehemals staatliche Domänen, die ebenfalls in den insgesamt 1,074 Millionen Hektar umfassenden staatlichen Bodenfonds einbezogen wurden. Über 114.000 Familien erhielten daraus Land, mehr als 77.000 Neubauernstellen entstanden.<sup>2</sup>

Mecklenburg-Vorpommern, das Land der „Junker“, war das Musterland für jene Forderungen, die die KPD in ihrem Gründungsaufwurf vom 11. Juni 1945

erhoben hatte: „Liquidierung“ des Großgrundbesitzes und der Güter der „Junker, Grafen und Fürsten“ und deren Übergabe an die Landesverwaltungen „zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern“.<sup>3</sup> Am 16. August 1945 beauftragte das Sekretariat des ZK der KPD in seiner 17. Sitzung die anwesenden Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern zur Ergreifung „sofortiger Maßnahmen“. Fritz Kahmann,<sup>4</sup> Ministerialdirektor in der Abteilung Land- und Forstwirtschaft der Landesverwaltung, sollte feststellen, „wie viele Güter vorhanden sind, in welchen Kreisen und Gebieten diese liegen, wie viel Anwärter auf Bauernstellen in Frage kommen (Bauern, Landarbeiter, Flüchtlinge).“ Der Landesleiter der Partei, Gustav Sobottka,<sup>5</sup> erhielt den Auftrag, „die Partei in Bezug auf die Kampagne vorzubereiten, einen Plan und konkrete Richtlinien für die Durchführung der Agrarreform in Mecklenburg auszuarbeiten und vor Veröffentlichung dem ZK vorzulegen.“<sup>6</sup> Bereits in seiner nächsten Sitzung, am 20. August 1945, beschloss das Sekretariat jedoch, „dass die Provinzialverwaltung für die Provinz Sachsen am 1.9. das Gesetz über die Bodenreform beschließen soll“.<sup>7</sup>

Die Entscheidung für die Provinz Sachsen als Vorreiterin in der Bodenreform basierte auf mehreren Gründen. Zum einen versprach der dortige hohe Organisationsgrad der KPD und ihr vergleichsweise großer Einfluss in den ländlichen Regionen einen Mobilisierungsschub in der Bodenreformkampagne,<sup>8</sup> zum anderen waren gerade in Mecklenburg-Vorpommern die Vorbehalte gegen die Art und Weise der Reform innerhalb der KPD besonders ausgeprägt. Namentlich führende Landesfunktionäre wie Bernhard Quandt,<sup>9</sup> Ernst Goldenbaum<sup>10</sup> und zunächst auch der politisch einflussreiche, für Inneres zuständige Vizepräsident der Landesverwaltung, Hans Warnke,<sup>11</sup> traten gegen eine Parzellierung des Grundbesitzes und für eine Kollektivbewirtschaftung der Güter ein.<sup>12</sup> Vor allem die auf lokaler und regionaler Ebene tätigen altgedienten Kommunisten richteten sich gegen die, wie zu zeigen sein wird, von oben oktroyierte Art der Bodenreform. Neben Bernhard Quandt, im Sommer 1945 zunächst Kreisleiter der KPD, dann Landrat in Güstrow, sind die kommunistischen Landräte August Hase<sup>13</sup> in Parchim und Hermann Schuldt<sup>14</sup> in Ludwigslust zu nennen, ebenso der Bürgermeister und Ortsleiter der KPD in Gadebusch, Karl Brincker.<sup>15</sup> Sie alle waren für die Enteignung des Großgrundbesitzes, aber nicht für seine Aufteilung, weil sie, so Quandt in einem Schreiben an die KPD-Landesleitung vom 8. August 1945, damit „eine ernste Bedrohung unserer Ernährungspolitik“ befürchteten und die vorgesehene Größe der aus den aufgeteilten Gütern zu bildenden Bauernstellen im Umfang von 5 Hektar als nicht lebensfähig ansahen.<sup>16</sup> All die Genannten waren einheimische Funktionäre, die die Verhältnisse auf dem Lande gut kannten und die Stimmung unter der Landbevölkerung einschätzen konnten. Jene war, wie zahlreiche Berichte von Dorfversammlungen zeigten, alles andere als einhellig für die Zerschlagung der großen Güter und deren Aufteilung.<sup>17</sup> Mit ihrem Plädoyer für eine Kollektivbewirtschaftung der Güter trafen sich die genannten KPD-Funktionäre mit Vertretern der Sozialdemokratie, die wie zum Beispiel der SPD-Landesvorsitzende Carl Moltmann<sup>18</sup> eine Verstaatlichung der Güter und den Erhalt der Wirtschaftseinheiten forderten. Die

# Die wirtschaftliche Entwicklung im Kreis Herzogtum Lauenburg nach 1945

von  
MARTIN KLEINFELD

## Standortbedingungen für die Industrialisierung

Die Entscheidung eines Unternehmens zur betrieblichen Niederlassung hing in besonderem Maß von der Infrastruktur der örtlichen Verkehrswege ab, um zum einen die Heranschaffung von Rohstoffen und Hilfsmitteln für die Produktion zu gewährleisten und zum anderen die Absatzmärkte günstig zu erreichen. Der Bedarf an Arbeitskräften bedingte eine an Siedlungsgebiete angeschlossene Verkehrsstruktur.

Für Lauenburg und Geesthacht war die Elblage und damit die Nutzung des Flusses als Verkehrsweg der hauptsächliche Standortfaktor. Durch die Elbe war eine kostengünstige Transportmöglichkeit zu Deutschlands wichtigstem Seehafen in Hamburg und ein Zugang zu den industriell am stärksten entwickelten Gebieten in Sachsen und Preußen gegeben. Rohstoffe konnten auf der Elbe herangeführt, die fertigen Waren zu den Märkten weiter verschifft werden.

Noch besser war es, wenn die benötigten Rohstoffe bereits vor Ort vorhanden waren. Dies traf auf die Ziegeleien in Lauenburg zu, die ihren Ton in ausgezeichneter Qualität direkt neben ihren Betrieben förderten. Die schweren Ziegel konnten mit Binnenschiffen leicht und bequem auf der Elbe, ihren Nebenflüssen und den davon abzweigenden Kanälen (wie etwa dem bei Lauenburg in die Elbe mündenden Elbe-Trave-Kanal) zu den Märkten verschifft werden. Die Bauten der Hamburger Speicherstadt beispielsweise wurden überwiegend mit Lauenburger Ziegeln ausgeführt.<sup>1</sup>

Die Lage am Fluss ermöglichte auch die Entstehung einer Werftindustrie in Lauenburg (Hitzler-Werft) und Geesthacht (Menzer-Werft).

In Lauenburg waren zwei Zündholzfabriken von großer überregionaler Bedeutung sowie Betriebe der Holz verarbeitenden Industrie angesiedelt.

Geesthacht – erst seit 1937 zum Kreis Herzogtum Lauenburg gehörend – wurde auch als die „Pulverkammer“ Deutschlands bezeichnet. Die Stadt hatte bis 1945 eine sehr stark auf die Rüstungsproduktion orientierte industrielle Struktur (Sprengstoff- und Pulverfabriken Krümmel und Düneberg).

Andere Industriebetriebe im Kreis gab es vor 1945 nur wenige. Außer Lauenburg und Geesthacht gab es in der Stadt Mölln einen größeren Industriebetrieb: Die 1859 gegründete Eisengießerei und Maschinenfabrik von Burmeister wurde 1920 von der Firma Hoffmann & Tödt übernommen. Nachdem auch diese Fir-

ma Konkurs anmelden musste, führte die Hamburger Werkzeugmaschinenfabrik Heidenreich & Harbeck 1927 den Betrieb als größeren Zweigbetrieb weiter.<sup>2</sup>

## Nach dem Zweiten Weltkrieg – Neubeginn mit „zufälligen“ Standortfaktoren

Die Folgen des Zweiten Weltkrieges brachten den Kreis Herzogtum Lauenburg in größte wirtschaftliche Schwierigkeiten. Neben der Zerstörung wichtiger Verkehrsverbindungen, z.B. der 1945 von deutschen Truppen gesprengten Elbbrücke, und dem allgemeinen Zusammenbruch der bis dahin noch teilweise funktionsfähigen Kriegswirtschaft waren es vor allem die gewaltigen Flüchtlingsströme aus dem Osten, die die ökonomischen Möglichkeiten des Kreises weit überforderten. Die Bevölkerung des Kreises verdoppelte sich von 73.000 im Jahr 1939 auf 150.000 im Jahr 1950;<sup>3</sup> in Schwarzenbek verdreifachte sie sich sogar.<sup>4</sup> Da eine Ansiedlung der Flüchtlinge als Bauern unmöglich war, musste deren Eingliederung durch die Schaffung von Industriearbeitsplätzen erfolgen.

Die Möglichkeiten, die die natürlichen Standortfaktoren boten – die Verkehrsverbindungen der Elbe, des Elbe-Lübeck-Kanals und der Eisenbahnen sowie die heimischen Rohstoffe Ton, Sand, Torf und Holz –, waren bereits ausgeschöpft und boten somit für weitere Industrieansiedlungen keinen Raum. Aufgrund von Kriegszerstörungen fehlte es in den städtischen Industriegebieten an baulicher Infrastruktur zur Ansiedelung neuer Industrien. Dieses Defizit konnte im Kreis Lauenburg ausgeglichen werden. Bereits während des Krieges waren mehrere Rüstungsbetriebe in das Kreisgebiet verlagert worden, wie etwa die Heeresmunitionsanstalt (Muna) im Wald südlich des Steinfeldes bei Mölln, in die nun die Möllner Textilwerke einzogen, oder die schon 1938/39 in Schwarzenbek für die Schraubenfabrik Bauer & Schaurte erbauten Werkshallen,<sup>5</sup> die 1953 von der Präzisionswerkzeugfabrik der Firma Wilhelm Fette übernommen wurden.<sup>6</sup>

In den Gebäuden der Ratzeburger Below-Kaserne ließen sich zunächst fünf Firmen nieder.<sup>7</sup> In der Nähe des Bahnhofs in Ratzeburg-Neuvorwerk siedelten sich weitere Firmen an: die Peter Möller KG aus Uetersen, die Firmen Roscher, Hansing & Co. aus Hamburg (Werkzeug-Regeneration) sowie das Unternehmen Speck & Hoeltgen aus Remscheid (Galvanische Anstalt, Schleiferei und Spezialverzinkerei).

Auch andere Betriebe, die in ihren Heimatorten vom Luftkrieg betroffen worden waren, zogen in den Kreis, so die Sperrholzfabrik Thiele & Co. nach Mölln, die Molkereimaschinenfabrik Otto Tuchenhagen nach Büchen und die Spezialfabrik für Holzseparatoren von Schütze & Stock nach Lauenburg, die zu einem der bedeutendsten Holz verarbeitenden Betriebe im Kreis wurde und 1958 etwa 150 Arbeitskräfte beschäftigte.<sup>8</sup>

# „Die totale Grenze“ – Das Problem der Grenzsicherung

von  
CARSTEN WALCZOK

## Einleitung

Zweifelloos hat die Geschichte der innerdeutschen Grenze wesentlichen Anteil an der Nachkriegshistorie des Kreises Herzogtum Lauenburg. Unbenommen bleibt auch die Tatsache, dass diese besondere Grenze für das benachbarte Mecklenburg einen erheblichen Stellenwert in der Nachkriegsgeschichte einnehmen muss.

Im Folgenden soll ein vorsichtiger Versuch unternommen werden, sich diesem „Grenz“-Thema zu nähern. Zweifelloos kann es sich hierbei nur um einen ersten Schritt handeln, der aber dazu anregen mag, weitere folgen zu lassen.

Wer sich diesem Thema widmet, muss fast zwangsläufig den Boden der lauenburgischen Geschichte verlassen und sich auf den Mecklenburgs bzw. den der ehemaligen DDR begeben. Denn dort, jenseits der lauenburgischen (und natürlich der schleswig-holsteinischen) Grenzlinie, standen die Grenzsperranlagen – dort herrschte ein unerbittliches Grenzregime.

Die Umschreibungen dieser Grenze drücken recht deutlich die Palette der Emotionen aus, die mit ihr und ihrer Geschichte verbunden sind: „Zonengrenze“, „Eiserner Vorhang“, „Todesstreifen“, „Innerdeutsche Grenze“, „Staatsgrenze West“, „Antifaschistischer Schutzwall“, „Friedensgrenze“, „Demarkationslinie“ und viele mehr.

Entsprechend schwierig ist es, sich dieses Themas anzunehmen. Die Grenze erregte und erregt die Gemüter aller, die von ihr und über sie sprechen. Die Menschen der ehemaligen DDR können einerseits eine besondere Kompetenz bei diesem Thema beanspruchen, galt ihnen doch diese Grenze, aber andererseits war die Grenze in der DDR kein Thema. Weiterhin muss zwischen der Grenze durch Deutschland auf der einen Seite und der Mauer durch Berlin auf der anderen Seite unterschieden werden.

Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur ehemaligen Grenze verliert diese zwar einen Teil ihres Schreckens, aber gleichzeitig geht auch die Erinnerung an sie zurück. So erklärte ein Hauptkommissar im BGS, dass er vor Dienstanfängern Vorträge über diese Grenze hielt (1999), da diese, gleichgültig ob aus den neuen oder alten Bundesländern, wenig oder gar nichts über ihren besonderen Aufbau wüssten.

Streng genommen begann die Geschichte dieser Grenze bereits 1944. Churchill, Stalin und Roosevelt verständigten sich im ‚Londoner Protokoll‘ am 12. September 1944 darauf, das besiegte Deutschland in seinen Grenzen von 1937 in Besatzungszonen einzuteilen. Vom 1. bis 4. Februar 1945 wurde in Jalta vereinbart, eine vierte Zone für Frankreich einzurichten. Die Demarkationslinien dieser Besatzungszonen orientierten sich weitestgehend an den 1945 noch bestehenden Landes- bzw. Provinzgrenzen des Deutschen Reiches.<sup>1</sup>

Gedacht waren diese Zonen zunächst als vorläufige Verwaltungseinheiten, die so lange bestehen sollten, bis der Aufbau eines neuen deutschen Staates abgeschlossen sei. Zwischenzeitlich würde der Alliierte Kontrollrat die Regierungsgewalt ausüben, der am 5. Juni 1945 seine Arbeit aufnahm; in den vier Besatzungszonen sollten die Kontrollratsbeschlüsse umgesetzt werden.

Die Gegensätze in der Besatzungspolitik zwischen den einstigen Verbündeten waren augenfällig. Während sich in den drei Westzonen die Zusammenarbeit relativ problemlos gestaltete, gab es zwischen den drei Westalliierten auf der einen Seite und der Sowjetunion auf der anderen Seite inhaltliche Verständigungsschwierigkeiten. Die politischen und ökonomischen Systeme zwischen den West- und dem Ostalliierten waren ebenso verschieden wie die Kriegserfahrungen der einstigen Verbündeten: Die Sowjetunion hatte massive Kriegsschäden erleiden müssen, während die USA territorial unberührt den Zweiten Weltkrieg überstanden.

Obwohl sich die Alliierten auf der Potsdamer Konferenz zunächst noch einigen konnten, wie künftig mit Deutschland und den Deutschen verfahren werden sollte, so stieß die konkrete Umsetzung dieser Richtlinien an ihre Grenzen. Dies offenbarte sich für die betroffenen Deutschen vor allem darin, dass die politischen und ökonomischen Verhältnisse zwischen den Westzonen und der Ostzone sich ebenso schnell wie deutlich zu unterscheiden begannen. So kam es insbesondere in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zu einer umfangreichen Demontage der Industrieanlagen; als dort 1947 das Ende der Demontagen verkündet wurde, war die SBZ praktisch ‚leergeräumt‘.<sup>2</sup>

Zwar begannen alle Alliierten in ihren Zonen mit einem politischen Neuaufbau, aber dennoch gab es auch hier deutliche Unterschiede. Während in den Westzonen praktisch alle Parteien, unabhängig davon ob sie gerade gegründet worden waren (z.B. CDU) oder einfach ihre Arbeit wieder aufnehmen konnten (z.B. SPD), relativ gleiche Chancen hatten, kam es in der SBZ bereits 1946 zu einer zwangsweisen Vereinigung von KPD und SPD zu einer neuen Partei, der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschland).

Auch stieg der Lebensstandard durch die Zusammenlegung der Westzonen zur Bi-Zone (1947) und später zur Tri-Zone (1949) deutlich stärker an als in der SBZ. Die Teilnahme der Westzonen am Marshall-Plan sowie die Währungsreform (1948) in den Westzonen und in West-Berlin verstärkten die Gegensätze, die



# Der Fall Michael Gartenschläger

von  
DIETER SCHMIDT

Mitten durch Deutschland, von Lübeck bis Hof, zog sich eine 1.393 Kilometer lange Grenze. Sie trennte nicht nur Deutsche von Deutschen, sie war auch die Schnittlinie zwischen den beiden großen Machtblöcken der Welt. Vom Priwall bei Lübeck bis Lauenburg an der Elbe trennte in einer Länge von 136 Kilometern diese hässliche Grenze Schleswig-Holsteiner von Mecklenburgern. An dieser Grenze starben nach Angaben der „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ 985 Menschen, die meisten bei Fluchtversuchen.

Einer starb durch die Schüsse einer Sondertruppe des Ministeriums für Staatssicherheit: Der zweiunddreißigjährige Michael Gartenschläger.

## Wer war Michael Gartenschläger?

Michael Gartenschläger wurde am 13. Januar 1944 in Strausberg, nordöstlich von Berlin, geboren. Er lebte dort mit seinen Eltern, die eine kleine Gaststätte betrieben, und seiner sechs Jahre älteren Schwester.



*Abbildung 11:*  
Mutter mit Kindern  
Privatarchiv Christa Köckeritz

Bis zu seiner Einschulung im Jahr 1950 verlebte er eine unbeschwertere Kindheit. Erst mit Beginn des Konfirmationsunterrichts spürte er einen leichten, später stärker werdenden Druck von Lehrern und einigen Mitschülern, die ihn zu überreden suchten, sich nicht konfirmieren zu lassen.

Aber Michael Gartenschläger entschied sich mit Hilfe seiner Eltern gegen die offiziell empfohlene Jugendweihe. Michael war Junger Pionier und Mitglied bei der GST (Gesellschaft für Sport und Technik). Nach seiner Grund- bzw. Hauptschulzeit im Juni 1959 arbeitete der inzwischen 15jährige als Schlossergehilfe beim VEB (Volkseigener Betrieb) Kraftverkehr Strausberg, ehe er drei Monate später bei der Firma Göricke eine Lehre als Autoschlosser begann. Sein Lehrlingslohn betrug 60 Mark im Monat; hiervon musste er seinen Eltern 20 Mark als „Kostgeld“ abgeben.

Stausberg war ein spießiges Nest. Für Jugendliche gab es außer dem FDJ-Jugendhaus (Jugendhaus der „Freie Deutsche Jugend“) nur die Handelsorganisations-(= HO)Gaststätte „Milchbar“. Immer öfter fuhr er nach West-Berlin, um sich dort im Kino Filme anzuschauen und sich mit Schallplatten zu versorgen. Er begeisterte sich in seiner Freizeit immer mehr für Rock'n Roll-Musik und gründete in Strausberg einen Ted-Herold-Club. Um seinem Idol ähnlicher zu werden, kämpte er seine Haare zu einer Tolle und trug ein selbst angefertigtes „Clubhemd“ mit den Namen seiner westlichen Vorbilder. Gemeinsam mit Freunden richtete er in einem Schuppen hinter der elterlichen Gaststätte ein Clubheim ein.

Nachdem Gartenschläger in der westdeutschen Jugendzeitschrift „Bravo“ in der Rubrik ‚Clubnachrichten‘ eine Annonce mit seiner kompletten Adresse aufgegeben hatte, erhielt er häufig Post aus der Bundesrepublik und dem deutschsprachigen Ausland mit der Bitte, den Absendern ein Ted Herold Autogramm zu übersenden. Diese Westkontakte versuchte die Volkspolizei zu unterbinden. Da er die räumliche Nähe zum freien Teils Berlin für häufige, ihn prägende und beeinflussende Besuche nutzte, wog der Bau der Mauer am 13. August 1961 für ihn besonders schwer. Er empfand dies als persönlich lebens einschränkend.

Sein Hass gegen das DDR-Regime wuchs, und er malte mit vier Freunden aus Protest Parolen wie z.B. „*MACHT DAS TOR AUF*“ – „*FREIE WAHLEN*“ – „*SED NEE*“ und „*DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN, NAZIS UND KOMMUNISTEN RAUS*“ an Wände.

Am 16. August 1961 mehrten sich in Strausberg die Gerüchte, dass in Berlin ein Volksaufstand wegen des Baus der Mauer ausgebrochen sei. Der Schlachthof und die Uni sollten angeblich brennen. Um ein Fanal zu setzen, steckten Gartenschläger und seine Freunde eine freistehende Scheue der LPG „Einheit“ an, die zum Teil mit unausgedroschenem Getreide und mit Luzerne-Heu gefüllt war. Menschen kamen dabei nicht zu Schaden.

# Garnisonsgründungen im Kreis Herzogtum Lauenburg

von  
JÖRG HILLMANN

## Einführung

Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 und der Vereinigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR veränderte sich nicht nur am 3. Oktober 1990 die Landkarte Deutschlands, sondern es löste sich auch die ehemalige Zonenrandsituation zahlreicher Gemeinden und Kreise des bundesdeutschen Staatsgebietes entlang der deutsch-deutschen Grenze auf. Aus dem Zonenrandgebiet Kreis Herzogtum Lauenburg wurde quasi über Nacht erneut ein Durchgangsterritorium für Handel und Verkehr von der norddeutschen Wirtschaftsmetropole Hamburg und dem nördlichsten Bundesland Schleswig-Holstein nach Mecklenburg-Vorpommern; durch die Bundesautobahn 24 zudem nach Brandenburg und Berlin. Damit ist dem Kreisterritorium wieder jene verbindende Verkehrsfunktion zugefallen, welche es Jahrhunderte lang innegehabt hatte.<sup>1</sup>

Gleichzeitig verlor der Kreis als ehemaliges Zonenrandgebiet seine militärische „Frontstellung“ auch als militärisches Durchzugsterritorium; ein Umstand, dem die Bewohner seit Jahrhunderten, nur von kurzen Unterbrechungen abgesehen, ausgesetzt waren.<sup>2</sup>

Die Grenze rückte vom Kreis weiter ostwärts an die deutsch-polnische Grenze, der „2+4-Vertrag“ sowie der NATO-Beitritt Polens rückten diese noch weiter in Richtung Osten, das NATO-Programm: „Partnership for Peace“ und die geplante Osterweiterung sollen nicht nur europäische Sicherheit garantieren, sondern zielen in der Gesamtheit der Maßnahmen auf das friedvolle Nebeneinander des ehemals verfeindeten Ost- und Westblockes.

Obwohl die politische Gesamtentwicklung auch zu gezielten Fragen nach der weiteren Sinnhaftigkeit von deutschen Streitkräften führte, hielt die politische Führung an dem Verfassungsauftrag für Streitkräfte, die zur Landesverteidigung dienen sollen, fest; zudem musste die Bundesrepublik Deutschland ihren Bündnisverpflichtungen in der NATO oder der UNO weiterhin nachkommen können. Bundeswehreinheiten sind mittlerweile weltweit in humanitären Einsätzen und als militärische Krisenreaktionskräfte an der Seite der Bündnispartner eingesetzt. Dennoch: Die Primäraufgabe deutscher Streitkräfte begründet sich aus dem nationalen Interesse eines Staates nach der Fähigkeit zum Selbstschutz in der Landesverteidigung.

Globale Einsatz- und Operationsfähigkeit erfordern andere militärische Strukturen als ausschließlich auf die Landesverteidigung ausgerichtete Streitkräfte, die mit Einzelverbänden zur Beistandsverpflichtung im Bündnis eingesetzt werden. Strukturelle Veränderungen der Versorgungs- und Transportorganisation sind dabei ebenso zu bewältigen wie Forderungen nach einer veränderten materiellen Ausrüstung der Truppen.

Das veränderte Aufgabenspektrum der Bundeswehr in den neunziger Jahren bedingte neben einer materiellen Neuorientierung vor allem auch eine infrastrukturelle Veränderung, die aufgabenbedingt war, zugleich aber von finanziellen Einsparungsplänen und Abrüstungsmaßnahmen hinsichtlich des Personalumfangs begleitet wurde. Die zusätzlich zu erbringende Schaffung neuer militärischer Einrichtungen in den „neuen Bundesländern“ fiel in den gleichen Zeitraum.

Die Komplexität nationaler wie internationaler Forderungen an die deutschen Streitkräfte verdeutlicht den Umstrukturierungsprozess, der in den neunziger Jahren begonnen und bis heute noch nicht abgeschlossen werden konnte.

Zahllose Gemeinden und Kreise in den „alten Bundesländern“ haben den Weggang „ihrer“ Bataillone, Regimenter und Brigaden bedauert – die Soldaten hatten mit ihren Familien einen festen Platz in den Garnisonsstädten gefunden und trugen insgesamt auch zur wirtschaftlichen Stabilität in der Region bei.<sup>3</sup>

Die neunziger Jahre bedeuteten für die Bundeswehr mit ihren Soldaten und Standorten und die betroffenen alten wie auch neuen Garnisonsstädte eine Wende – für den Kreis Herzogtum Lauenburg bedeutete die Auflösung der Panzergrenadierbrigade 16 „Herzogtum Lauenburg“ am 5. Mai 1994 das Ende unmittelbarer Bundeswehrpräsenz in Wentorf und Elmenhorst. Einzige „militärische Relikte“ sind heutzutage noch die Bundeswehrverwaltungsschule in Mölln und einzelne kleinere Dienststellen.

Die einschneidenden strukturellen Veränderungen der neunziger Jahre sind wohl denen vergleichbar, welche auch die Aufbruchstimmung der fünfziger Jahre bestimmte. Ein Blick auf die Garnisonsgründungen in Lauenburg in den fünfziger und sechziger Jahren verdeutlicht die Komplexität von Planungs- und Realisierungsmaßnahmen zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik und den militärischen Aufstellungsstäben, die einerseits den politischen Vorgaben gehorchend, auch andererseits den internationalen Zusammenhang unter sich verändernden gesamtstrategischen Forderungen zu berücksichtigen hatten.

Der hier vorliegende Beitrag beschreibt diejenigen Vorgänge, die zur Aufstellung von Streitkräften im Kreis Herzogtum Lauenburg führten und soll verdeutlichen, wie strategische Forderungen der NATO unmittelbar in den Kreis wirkten und bestehende infrastrukturelle Planungen veränderten und so unmittelbare Auswirkungen auf kommunale Zielsetzungen hatten. Der Beitrag zeigt aber auch die Arbeitsweise der Bundeswehrverwaltung, die Zielsetzungen der kommunalen Politik und einzelner Grundbesitzer jener Zeit und macht so die unterschiedlichen Interessenlagen sichtbar. Hat sicherlich der Kreis Herzog-